

**Anfrage zur mündlichen Beantwortung O-000031/2014
an den Rat**

Artikel 115 der Geschäftsordnung

Barbara Lochbihler, Tarja Cronberg, Ulrike Lunacek, Jean Lambert, Reinhard Bütikofer, Nicole Kiil-Nielsen, Judith Sargentini

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Betrifft: Rechtlicher Rahmen für den Einsatz von bewaffneten Drohnen

Der Einsatz ferngesteuerter Flugsysteme (RPAS oder Drohnen) bei todbringenden extraterritorialen Operationen hat im letzten Jahrzehnt stark zugenommen. Tausende von Zivilisten sollen bei Drohnenangriffen getötet oder schwer verletzt worden sein. Führende Sachverständige der Vereinten Nationen haben das Fehlen von Rechenschaftspflicht und Transparenz verurteilt. Dazu zählen auch diejenigen, die an der Anhörung vom 25. April 2013 zu den Folgen des Einsatzes von Drohnen für die Menschenrechte, die vom Unterausschuss Menschenrechte des Parlaments gemeinsam mit dem Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung organisiert wurde, teilgenommen haben. Der Europäische Rat hat sich in seinen Schlussfolgerungen des Gipfeltreffens vom 19. Dezember 2013 dazu verpflichtet, die Bestrebungen der Mitgliedstaaten, im Zeitraum 2020 – 2025 ferngesteuerte Flugsysteme zu entwickeln, zu unterstützen.

Gab es innerhalb des Rates oder des Europäischen Auswärtigen Dienstes oder in Drittstaaten Debatten über gezielte Tötungen durch Drohnen? Falls ja, könnte der Rat sich zu diesen Debatten äußern?

Vertritt der Rat ebenso die Auffassung, dass gezielte Tötungen durch Drohnen außerhalb bewaffneter Konflikte einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellen und dagegen vorgegangen werden sollte?

Würde der Rat den Vorschlag unterstützen, einen Gemeinsamen Standpunkt der EU zu einem rechtlichen Rahmen für den Einsatz von bewaffneten Drohnen festzulegen, bevor auf der Ebene der Mitgliedstaaten und der EU weitere Beschlüsse über die Entwicklung von Drohnenprogrammen gefasst werden?

Ist der Rat bereit, auf internationaler Ebene Initiativen zu ergreifen, um dafür zu sorgen, dass der Einsatz von bewaffneten Drohnen mit dem Völkerrecht vereinbar ist und um außergerichtlichen Tötungen durch Drohnen entgegenzuwirken.

Ist der Rat dazu bereit, sich für die Aufnahme der Drohnentechnologie in die einschlägigen europäischen und internationalen Rüstungskontrollregelungen einzusetzen?

Eingang: 4.2.2014

Weiterleitung: 5.2.2014

Fristablauf: 26.2.2014